PB.L-01-192-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 191 bis 193:
führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO_2-Bremse machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit ~~den nationalen Klimaschutzzielen~~dem Pariser Klimaabkommen messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen. Die Gesetze müssen sich auf ein verbleibendes Restbudget für CO_2 stützen. Wir wollen klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO2-Minderungspfade für alle Sektoren mit dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen und gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

Begründung

Wenn wir Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit überprüfen, dann doch anhand des Pariser Klimaabkommens. Nationale Klimaschutzziele wie bspw. die der Bundesregierung sind nicht zwangsläufig konform mit dem 1,5-Grad Pfad.

Die CO2-Bremse sollte nicht weniger stark entwickelt sein, wie die bereits in der Bundesdelegiertenkonferenz vom 16.11.2019 erarbeitete:

"Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land"

dort heißt es:

"Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen bildet und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO2 stützt, dem gemäß wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

• klare Maßnahmen für alle Sektoren,

• klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO2-Minderungspfade für alle Sektoren mit dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,

• dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,

• gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung." (Z. 163 bis 170)

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf

weitere Antragsteller*innen

Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Erich Minderlein (KV Ortenau); Barbara Wagner

(KV Bodenseekreis); Sascha Heußen (KV Köln); Stefan Schubert (KV Solingen); Judith Esposito (KV Rhein-Hunsrück); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Achim Stump (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Benedikt Nyqvist (KV Herzogtum Lauenburg); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Marvin Schuth (KV Köln); Karlheinz Emmler (KV Lörrach); Christian Althoff (KV Köln); Ole Menzel (KV Rhein-Hunsrück); Max Benke (KV Rhein-Hunsrück)